

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 1

Artikel: Der Norden und der finnisch-russische Krieg
Autor: Wickmann, Johannes
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gemeinsame politische Grundanschauungen Angehörige verschiedener Sprachen in Freiheit verbindet.

Ob diese Gemeinschaft auch den Stürmen der Zukunft gewachsen sein wird, das vermag kein Lebender zu sagen. Entscheidend wird dafür sein, ob wir die Grundlagen unseres nationalen Lebens, wie wir sie von einer großen Vergangenheit ererbt haben, in Reinheit zu bewahren und für uns und die Welt fruchtbar zu machen wissen. Alle die Rechte, die bei uns der Einzelne hat, die unbedingte Achtung, die jeder Angehörige des Volkes als Individuum genießt, wirken sich bloß dann als staatserhaltende Kräfte aus, wenn der gleiche Einzelne auch bereit ist, seine Kräfte bis zum Letzten freiwillig für die Gemeinschaft herzugeben. Ich meine damit nicht etwa in erster Linie den Heeresdienst, der ja durch ein Obligatorium geregelt ist, sondern jene Bereitschaft, die ohne äußern Zwang im Einzelnen den Ausgleich vollzieht zwischen den Rechten des Individuums und den Lebensnotwendigkeiten der Gemeinschaft. Und Ähnliches gilt auch für das Zusammenleben der verschiedenen Sprachen. Wenn die Schweiz dieser ihrer hohen und verpflichtenden Bestimmung treu zu bleiben vermag, wird sie für die Menschheit ein Idee erhalten, die sonst vielerorts nicht mehr anerkannt oder aber ernstlich bedroht ist, die Idee der menschlichen Persönlichkeit, die zwar ihre starken Wurzeln im eigenen Volk hat, die aber in ihrer letzten Bestimmung über ein national bedingtes Leben hinauswächst und ihr Rechtfertigung in ihrer eigenen Entelechie trägt.

Der Norden und der finnisch-russische Krieg.

Von Johannes Wickman (Stockholm).

Der nachfolgende Aufsatz aus der Feder von Johannes Wickman, Chefredaktor von „Dagens Nyheter“, der größten Tageszeitung Schwedens, gelangte unmittelbar vor der deutschen Aktion gegen Skandinavien in Stockholm zur Absendung. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse vermögen jedoch die Aktualität seines Inhaltes keineswegs zu mindern. Im Gegenteil. Die Ausführungen ergeben interessante Hinweise auf die tatsächlichen Motive des russischen Vorgehens gegen die Finnen und gestatten so gewisse Rückschlüsse in Bezug auf die Haltung Rußlands in dem jetzigen gigantischen Ringen auf skandinavischer Erde.

Die Schriftleitung.

Im Februarheft dieser Zeitschrift versuchte der Verfasser dieser Zeilen, den politischen Hintergrund des Krieges zwischen Finnland und Rußland anzudeuten. Ein Krieg ist zunächst eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln; daraus folgt aber nicht, daß die Politik aufhört, wenn die militärischen Operationen beginnen — es kann das Gegenteil eintreten, daß alsdann die politische Arbeit erst recht einsetzt. Während des finnisch-russischen Krieges war dies der Fall. Doch erschien es aus verschiedenen Gründen nicht angezeigt, darüber zu schreiben, solange der Krieg währte.

Auch war dies deshalb kaum möglich, weil der politische Kontakt zwischen den interessierten Staaten, sowohl den kriegführenden als den außenstehenden, sich in tiefster Heimlichkeit vollzog.

Die Regierung des neutralen Schwedens bildete den Brennpunkt des Interesses und spielte eine Rolle, die für die Entwicklung der Geschehnisse entscheidend war. Sie hat sich heftigem Tadel ausgesetzt — nicht nur in Finnland, sondern auch in einer großen Zahl anderer Staaten, nicht zuletzt in England und Frankreich. Auch hatte sie mit einer heftigen Opposition im eigenen Volke zu kämpfen. So bildet Stockholm einen guten Ausgangspunkt, wenn man einen Überblick gewinnen will über die politische Tragweite des finnisch-russischen Konfliktes, über das große politische Spiel um den Krieg zwischen Finnland und Rußland, und über die Situation, die vorliegt, nachdem der Kampf auf den Schlachtfeldern beendet ist. Auf Grund der veröffentlichten amtlichen Erklärungen und von zuständiger Seite eingeholten Informationen soll hier der Versuch gemacht werden, in aller Kürze die grundlegenden Gesichtspunkte zu skizzieren.

Als die finnische Delegation am 13. November von Moskau zurückkehrte, erwartete sie, daß Rußland versuchen würde, durch einen „*Revenc Krieg*“ die finnische Regierung nachgiebiger zu machen und danach die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die eigentliche Meinungsverschiedenheit galt *Hangö*, das Rußland zur Errichtung einer militärischen Basis forderte und das Finnland, im Hinblick auf seine strategische Lage, abzutreten sich weigerte. Innerhalb Finnlands politischer — und sicher auch militärischer — Führung herrschten allerdings verschiedene Meinungen: ein Teil widersetzte sich der Abtretung *Hangös*, ein anderer (worunter *Paašikivi*) riet zum Nachgeben gegenüber Rußlands Forderung und beklagte es, daß die Presse und die Volksmeinung sich im allgemeinen völlig ablehnend verhielten. Doch bevor ein geschlossener finnischer Standpunkt sich herausbilden konnte, erfolgte am 30. November der russische Überfall. Will man den Eindruck wiedergeben, der in Finnland und Schweden durch den plötzlichen Angriff hervorgerufen wurde, so muß man auf der einen Seite die Regierungen und auf der andern die öffentliche Meinung in den beiden Ländern einzeln ins Auge fassen.

Der brutale Angriff und nicht zuletzt die Ernennung der finnischen „Volksregierung“ *Kuusinen* durch *Stalin* erweckte im finnischen Volke die Vorstellung, daß der Kampf Finnlands Existenz als eines selbständigen Staates gelte, daß also eine Niederlage die Auslieferung des ganzen finnischen Volkes an die bolschewistische Barbarei zur Folge hätte. Aus den Ausführungen in der schwedischen Presse konnte man zu dem Glauben verleitet werden, daß auch die allgemeine Meinung in Schweden diese Auffassung teilte. So lag der Fall indessen keineswegs. Viele sahen die Dinge so, daß vieles für und nichts gegen die Auffassung sprach, daß Rußland durch den Angriff auf Finnland so rasch wie möglich die internationale Konjunktur ausnützen wollte zur Weiterverfolgung des Ausbaus seiner

Verteidigungspositionen, in erster Linie gegen Deutschland, aber auch gegen die Westmächte, die durch die Aktionen gegen Estland, Lettland und Litauen eingeleitet worden war. Eine natürliche Erklärung für die Ernennung der „Regierung“ Kuusinen liegt darin, daß sie ein taktisches Manöver war, bestimmt, die finnische Arbeiterklasse — Stalin war über die innern Verhältnisse in Finnland schlecht unterrichtet — gegen die Ryti-Mannerheim'sche „Bedrückung“ aufzureizen, eine Maßregel also, die, wie das Luftbombardement der Zivilbevölkerung, darauf abgesehen war, in möglichst kurzer Zeit den finnischen Widerstand zu brechen. Man hatte gehofft, daß die militärischen Operationen in einer Woche beendet sein würden, meldete der Korrespondent der „Times“ in Moskau zu Anfang Dezember, bevor in Rußland die Telegramm-Zensur eingeführt worden war.

Selbstverständlich war es jedoch nicht möglich, diese Gesichtspunkte in Finnland, das sich im Krieg mit Rußland befand, zu entwickeln; das-selbe war auch in Schweden nicht tunlich, wo eine nachteilige Wirkung auf die an Finnland zu leistende Hilfe zu befürchten war. So konnte sich in Schweden eine Stimmung ziemlich frei entwickeln, die sich der Panik näherte: Rußland hatte den „Marsch zum Ozean“ angetreten, hieß es, und hatte beschlossen, unterwegs die wertvollen Erzlager im nördlichsten Schweden zu erobern. In weiten Kreisen glaubte man zu wissen, daß Deutschland und Rußland eine heimliche Abmachung betreffend die Aufteilung Skandinaviens in der Weise eingegangen seien, daß Rußland den nördlichen und Deutschland den südlichen Teil bekommen würde. Wenn vielleicht auch nicht das Allerschlimmste eintreten würde, so ging man doch von der Vorstellung aus, daß die vollständige Bolschewisierung Finnlands grundsätzlich beschlossen und damit auch die Lage Schwedens verzweifelt sei. Eine heftige Agitation unter der Leitung größerer Zeitungen, von Offizieren, Universitätsprofessoren und selbst Geistlichen forderte das Eingreifen schwedischer Truppen als Hilfe an Finnland. Das finnische Volk und auch viele Schweden waren der Ansicht, daß nach den letzten drei, vier Jahren „nordischer Zusammenarbeit“, nach all den Reden von der Solidarität der nordischen Staaten und vom Norden als einer einheitlichen Staatengruppe, deren Integrität mit gemeinsamen Kräften verteidigt werden müsse, eine militärische schwedische Intervention selbstverständlich sei.

Die finnische Regierung war sich dagegen wohl bewußt, daß diese Auffassung den wirklichen Verhältnissen nicht entsprach. Die Neutralität, die Schweden proklamierte, als es sich in Genf von den Verpflichtungen des Paktes freizumachen suchte, galt nicht nur gegenüber den Großmächten, sondern auch im Verhältnis zu den übrigen nordischen Staaten. Bei der Begegnung der nordischen Staatsoberhäupter in Stockholm am 18. Oktober, als die finnisch-russischen Verhandlungen weitergingen, bekam der finnische Außenminister Tanner offiziellen Bescheid, daß im Falle eines Krieges zwischen der Sowjetunion und Finnland mit einer schwedischen

militärischen Unterstützung nicht zu rechnen sei. Im Namen der Neutralität lehnten auch die übrigen Mitglieder der Regierung den Antrag des Außenministers Sandler ab, daß schwedische Truppen nach Åland überführt werden sollten, als der Krieg ausgebrochen war. Ein gemeinsam von Schweden und Finnland ausgearbeiteter Vorschlag zur Befestigung der Ålandsinseln und zur Beteiligung schwedischer Truppen an der Verteidigung der Neutralität dieser Inseln lag bereits im Januar 1939 vor. Aber Schweden hatte ihn stillschweigend fallen lassen, als Rußland erklärte, daß es ihn nicht anerkennen würde, und der Plan setzte außerdem voraus, daß sowohl Schweden als Finnland außerhalb eines eventuellen Krieges zwischen den Großmächten in der Ostsee stehen und neutral bleiben würden. Die Neutralitätspolitik der schwedischen Regierung — sowohl betreffend den finnisch-russischen Krieg als speziell in Bezug auf Åland — war also in voller Übereinstimmung mit der traditionellen und klar angegebenen Haltung des Landes. Sie stimmte ebenfalls, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, mit der nordischen Zusammenarbeit der letzten Jahre überein, die ausschließlich ökonomisch und kulturell war und mit Ausnahme des eben genannten Ålandsplanes, der nie in Kraft trat, auch kein gemeinsames militärisches Auftreten ins Auge faßte. Auf Finnlands Begehren übernahm es Schweden, in seiner Eigenschaft als neutraler Staat, die finnischen Interessen in Rußland wahrzunehmen, als der Krieg ausbrach (was indessen Molotow mit dem Hinweis darauf ablehnte, daß er von keiner andern finnischen Regierung als derjenigen Kuusinenens Kenntnis habe). Daß der Außenminister Sandler — der die schwedische Außenpolitik seit 1932, mit einer kurzen Unterbrechung 1936, leitete — zurücktrat, beruhte also nicht darauf, daß die Regierung mit einer Politik gebrochen hätte, in der man die ganze Zeit einig gewesen war. Sein Rücktritt kann als ein natürlicher Schritt angesehen werden, nachdem er durch seine hochfliegenden Reden über die nordische Solidarität eine Stimmungslage geschaffen hatte, die mit Notwendigkeit — in Finnland und in gewissen Kreisen in Schweden — in tiefe Enttäuschung umschlagen mußte, wenn die schwedische Regierung angesichts eines Großmächtsangriffes auf einen der nordischen Staaten an ihrer Neutralitätspolitik festhielt.

Im Zusammenhang mit Sändlers Rücktritt bildete sich die Regierung Mitte Dezember zu einer Regierung der nationalen Sammlung um, umfassend die vier großen Parteien des Reichstags, Sozialdemokraten, Rechte, Liberale und Agrarier, immer noch unter Leitung des sozialdemokratischen Staatsministers P. A. Hansson und mit dem Minister in Oslo, C. Günther, als Außenminister. Die Richtlinie für die Politik der Regierung in der finnischen Frage war, daß die Neutralität Schwedens im Großmächtskriege aufrechterhalten werden mußte. Folglich mußte eine derartige Hilfeleistung an Finnland, die geeignet gewesen wäre, Schweden in den Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten hineinzu-

ziehen, vermieden werden. Man muß genau festhalten, daß auch die finnische Regierung nicht wünschte, daß Schweden durch sein Eingreifen gegen Rußland riskieren solle, in den Krieg der Großmächte hineingezogen zu werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Schweden und Finnland — und diese waren ja bedeutend genug — galten also dem Umfang und der Form der schwedischen Hilfsleistungen. Finnland und ein Teil der öffentlichen Meinung in Schweden wünschte, daß Schweden es wie Mussolini im spanischen Bürgerkrieg machen solle, nämlich reguläre Truppenverbände nach Finnland senden, ohne Rußland den Krieg zu erklären. Da der Nichtinterventionsauschuß nie effektiv gegen das Auftreten fremder Streitkräfte in Spanien eingegriffen hätte, meinte man, daß dadurch ein Präzedenzfall geschaffen sei, eine von Europa „anerkannte“ Ordnung, die sich Finnland in seinem Kriege mit Rußland zunutze machen könne. Aus Verfassungsgründen stand jedoch ein solcher Weg für Schweden nicht offen, aus prinzipiellen Gründen konnte es ebenfalls als bedenklich angesehen werden, daß ein kleiner Staat sich auf eine so ernste Verletzung der internationalen Rechtsordnung, wie die Intervention gewisser Großmächte in Spanien sie darstellte, als auf einen Präzedenzfall berufen sollte. Jedenfalls erklärte der Staatsminister Hansson nach Schluß des Krieges, daß die Regierung eine solche Form ihrer Hilfe an Finnland nie überlegt habe. Dem stand also nur gegenüber, daß Schwedens Regierung und Volk auf dem Wege der Freiwilligkeit im Rahmen der Neutralität ihr Möglichstes getan hatten: materielle und humanitäre Hilfe nebst Rekrutierung von Freiwilligen. Das Kriegsmaterial, das Schweden Finnland zur Verfügung stellte, war so umfassend, daß die schwedische Regierung die Kriegsausrüstung des eigenen Landes mit dringenden Einkäufen im Auslande ergänzen mußte, und es trug auch in hohem Grade zur Widerstandskraft der finnischen Verteidigung in entscheidenden Kämpfen bei. Dagegen wirft man der schwedischen Regierung vor, der Rekrutierung von Freiwilligen nicht ausreichenden Antrieb gegeben zu haben und sie durch die für die Anwerbung bei den Truppenverbänden erlassenen Bestimmungen geradezu erschwert zu haben. Bei Kriegsschluß befanden sich 8500 schwedische Freiwillige in Finnland, und weitere 5000 hatten sich angemeldet, natürlich eine völlig unzureichende Ziffer, um den erschöpften finnischen Truppen die nötige Ablösung zu verschaffen.

Hätte eine effektive Hilfe von andern Mächten geleistet werden können? Durch französische und englische Truppen? Damit ist man mitten in der Frage über die Stellung der schwedisch-finnischen Beziehungen im großen internationalen Zusammenhang. Deutschland ließ die schwedische Regierung wissen, daß es gegen eine offizielle schwedische Teilnahme am Kriege in Finnland war. Dafür gab es zwei Gründe. Erstens ist Schweden eine wichtige Importquelle für Deutschland, die versiegen würde, wenn das Land durch seine Teilnahme am Kriege seine Ressourcen für den eigenen Gebrauch reservieren müßte. Zweitens gehört zum schwedischen Export

nach Deutschland das nordische Eisenerz, das von großer Bedeutung für die deutsche Kriegsführung ist. Die deutsche Regierung fürchtete, daß, wenn Schweden in den Krieg eingriff, die Westmächte Truppen senden würden unter dem Vorwand, Schweden und Finnland zu unterstützen, aber in Wirklichkeit vor allem in der Absicht, die nordischen Erzlager zu besetzen und dadurch Deutschland von jeder Erzeinfuhr aus Schweden abzuschneiden. Der geeignetste Ausschiffungshafen für die Truppen der Westmächte wäre Narvik im nördlichen Norwegen gewesen, und von dort wären sie auf einem Schienenwege weiterpediert worden, der durch die schwedischen Erzfelder geht und für den Transport des Erzes nach Narvik gebaut wurde. Hieraus folgt auch, daß die deutsche Regierung sich dagegen zur Wehr setzte, daß Schweden, auch wenn es seine Neutralität bewahrte, den Truppen der Westmächte ein Durchgangsrecht über schwedisches Gebiet gewährte.

Jrgend ein schriftliches Aktenstück, in welchem Deutschland seine Stellung in dieser Frage präzisiert hätte, liegt aber nicht vor. Der deutsche Standpunkt ist nur mündlich formuliert worden, und er brauchte auch nicht präzisiert zu werden, insofern als die schwedische Regierung sich mit Sicherheit eine Vorstellung von der Art der Repressalien machen konnte, mit denen Deutschland drohte — soweit es sich etwa um eine Invasion in Schweden oder in Finnland handelte. Die schwedische Regierung glaubte die deutsche Drohung ernst nehmen zu müssen, und in Übereinstimmung mit ihrem von Anfang an eingenommenen Standpunkt, keinen Schritt zu unternehmen, der Schweden in den Krieg der Großmächte hineinziehen konnte, antwortete es auf wiederholte finnische Anfragen, ob es französischen und englischen Truppen ein Durchgangsrecht zu gewähren gedenke, mit nein. Nichts in den schwedisch-finnischen Beziehungen während des Krieges hat das finnische Volk so schmerzlich berührt wie diese zähe Weigerung, eine Hilfe zuzulassen, von der man glaubte, daß sie das Kriegsglück zu Finnlands Gunsten gewendet hätte. Es besteht jedoch Grund, zu glauben, daß die schwedische Regierung Finnlands Lage nicht so katastrophal betrachtete, als sie sich darstellte, wenn man einzig Rußlands gewaltige militärische Übermacht und die Ernennung der Regierung Kuusinen durch Stalin, mit der daraus sich ergebenden Aussicht auf die Bolschewisierung Finnlands, in Betracht zog. Schon im Januar, im zweiten Kriegsmonat, hatte die russische Regierung ihre ersten Friedensfühler ausgestreckt. Diese hatten schon am 29. Januar die Form einer Note an die schwedische Regierung, die den Kontakt zwischen Helsinki und Moskau vermittelte, angenommen. In dieser Note erklärte sich die russische Regierung im Prinzip einverstanden, „mit der Regierung Rhti-Tanner einen Vergleich“ zu treffen, und bat um Mitteilung, was diese „in der Frage der Abtretungen vorzuschlagen“ bereit sei. Man wird ferner bemerken, daß die finnische Regierung sich nie, während des ganzen Kriegsverlaufes, an die Westmächte mit dem Begehren um deren Eingreifen wandte, obgleich

diese mitteilten, daß sie auf ein solches Begehren nur warteten, um nicht weniger als 100 000 Mann mit zugehörigem Material zu entsenden. Beim Zusammentreten des Unterhauses am 10. März teilte Premierminister Chamberlain mit, daß die einzige von finnischer Seite gemachte Angabe die Erklärung Marschall Mannerheims im Januar war, daß er 30 000 Mann im Monat Mai benötige. Als Chamberlain am 11. März und Daladier am 12. — der Friedensschluß in Moskau wurde in der Nacht vom 12. auf den 13. unterzeichnet — in ihren Parlamenten erklärten, daß sie nur auf das Ansuchen der finnischen Regierung warteten, um zur Einschiffung bereite Truppen zu entsenden, stellte die finnische Regierung ebenfalls kein Gesuch um französische und englische Hilfe.

In Wirklichkeit stand die finnische Regierung in dieser Frage auf demselben Standpunkt wie die schwedische: sie rechnete damit, daß ein französisch-englisches Eingreifen deutsche Gegenmaßnahmen zur Folge hätte und folglich sowohl Schweden als auch Finnland in den Krieg der Großmächte hineingezogen würden. Dies wurde im Reichstag vom 15. März vom finnischen Staatsminister Ryti bestätigt. Wenn also die finnische Regierung vordem die schwedische Regierung mehrmals angefragt hatte, ob sie den Durchmarsch französisch-englischer Streitkräfte zulassen wolle, wußte sie nicht nur, daß die Antwort verneinend sein mußte, sondern sie wünschte es sogar im Interesse Finnlands. Finnland wollte ebensowenig wie Schweden Gefahr laufen, ein Kriegsschauplatz für die Großmächte zu werden. Was es von Schweden wünschte, war in Wirklichkeit, daß reguläre Verbände — mit Aufrechterhaltung der offiziellen schwedischen Neutralität — unter „spanischer“ Etikette nach Finnland geschickt würden, mit andern Worten: eine Intervention gleicher Art, wie sie im spanischen Bürgerkrieg sich vollzogen hatte.

Hinsichtlich der Stellung der Westmächte zum finnisch-russischen Kriege ist man, während dies geschrieben wird, auf Vermutungen angewiesen. Der russische Angriff muß für sie ebenso überraschend wie für Finnland, Schweden und sicher auch Deutschland gekommen sein. In der Presse, auch in den maßgebendsten Organen wie im „Temps“, wurde hervorgehoben, daß der finnische Krieg eine Möglichkeit für die Alliierten schaffe, Deutschland gleichzeitig in beiden Flanken anzugreifen und es damit von zwei wichtigen Rohproduktquellen, dem Eisenerz im Norden und dem Öl in Baku, abzuschneiden. Die Regierungen beschränkten sich jedoch darauf, Kriegsmaterial in ansehnlichen Mengen zu liefern, und erst beim Zusammentreten des obersten Kriegsrates am 5. Februar beschloß man, Vorbereitungen zur Entsendung bewaffneter Streitkräfte zu treffen. Am 22. Februar legte der russische Gesandte in London Lord Halifax einen Friedensvorschlag vor und fragte, ob er diesen an die finnische Regierung weiterbefördern wolle. Lord Halifax war jedoch der Ansicht, daß dieser auf Grund seiner Härte unbrauchbar sei und lehnte das Ersuchen Rußlands ab, aber andererseits tat die englische Regierung nichts, um eine Mil-

derung der Vorschläge zu erreichen. Sie versuchte statt dessen, die schwedische Regierung zu bewegen, in einen Durchmarsch alliierter Truppen einzuwilligen und die finnische Regierung zu veranlassen, eine offizielle Aufstellung für die Sendung alliierter Streitkräfte vorzulegen. Diese Anstrengungen erreichten während der zwei letzten Tage des Krieges ihren Höhepunkt, besonders dramatisch in der Erklärung Daladiers in der Deputiertenkammer am 12. März, als er sagte, daß er im Laufe des Tages ein Begehren des finnischen Außenministers Tanner erwarte. Mit diesem förmlichen, finnischen Ansuchen würden sich die Alliierten hinwiederum an die schwedische Regierung wenden und mit Berufung auf Artikel 16 des Völkerbündnisses das Recht zum Durchmarsch verlangen. Andererseits waren die Westmächte völlig unterrichtet über die Sorgen, mit denen nicht nur Schweden, sondern auch Finnland, einer alliierten Intervention entgegensehen. Ein gewisses Dunkel schwebt also immer noch über der während der einzelnen Phasen der Geschehnisse vielleicht ungleichen Haltung der Westmächte gegenüber dem finnisch-russischen Kriege.

Während der letzten zwanzig Jahre hat man in Schweden und Norwegen Finnland und die südbaltischen Staaten als eine „Barriere“ betrachtet, die zur Sicherung der skandinavischen Halbinsel gegenüber der russischen Gefahr nicht wenig beitrug. Die russische Expansion gegen Nordwesten, gekrönt durch den finnisch-russischen Friedensschluß in Moskau, zeigt, daß dies eine Illusion war. Im nämlichen Augenblick, als Deutschland und die Westmächte in einen Krieg verwickelt wurden, der ihre Streitkräfte bindet, bekam Rußland freie Hand, seinen strategischen Forderungen auf Kosten der kleinen Grenzstaaten Geltung zu verschaffen. Solange der gegenwärtige Krieg dauert, besteht die Gefahr für einen neuen russischen Vorstoß gegen Nordwesten. Diese Gefahr ist es, welche die finnische Regierung zu beschwören versuchte, als sie sich schon Ende Februar an Schweden und Norwegen mit der Anfrage wandte, ob die beiden Staaten bereit wären, gemeinsam mit Finnland ein *Abwehrbündnis* einzugehen. Die Regierungen beider Staaten antwortete, daß sie bereit wären, die Frage zu „untersuchen“, mehr aber haben sie nicht verheißen. Norwegen wird mit großer Bestimmtheit den Vorschlag abweisen, aber in Schweden findet sich eine verbreitete Volksmeinung zugunsten eines gemeinsamen *Abwehrbündnisses* mit Finnland, auch wenn Norwegen ablehnt. Hierüber wird es während der nächsten Monate sicher viel Streit geben, und vielleicht wird diese Frage bei den Wahlen zur zweiten Kammer im September die dominierende sein. Dagegen herrscht nur eine Meinung darüber, daß Schweden und Finnland ihre Rüstungen aufs äußerste vermehren und sie so organisieren müssen, daß eine Zusammenarbeit hergestellt werden kann, auch wenn ein formelles *Abwehrbündnis* nicht zustande kommt.